

FREIBERUFLER-TICKER vom 17. April 2020

1. „Wir helfen – Freie Berufe gemeinsam gegen Corona“

Diese Maxime spiegelt die besondere Bedeutung der Freien Berufe beim Kampf gegen Corona und dessen Folgen. Hierzu entwickelte der BFB eine eigene Optik. Diese kann unter anderem in E-Mail-Signaturen eingebunden werden. Der BFB präsentiert sie prominent auf seiner [Website](#), auf Position 1 des sogenannten Hauptsliders, der auf diese [BFB-Pressemitteilung](#) führt. Überdies fächert der BFB sein Informationsangebot um das Thema Coronavirus auf seiner Website schrittweise auf und verankert dies im Hauptslider. Unter [Service](#) finden sich per sofort ergänzend zur [großen Übersicht](#) weitere nützliche Informationen, unter [Nachrichten](#) kompakte Meldungen und unter [Positionen](#) ein auszugsweiser Überblick über die wichtigsten, bereits öffentlich diskutierten BFB-Standpunkte. Im Kommenden werden unter „Leuchttürme“ positive Beispiele vorgestellt, also Impulse, Aktionen und neue kreative Wege, die helfen, die aktuellen Herausforderungen zu meistern, aber auch Porträts vom Freiberufler-Alltag in Krisenzeiten.

2. Arbeitsschutzstandard SARS-CoV-2

Am 16. April 2020 stellte Hubertus Heil MdB (SPD), Bundesminister für Arbeit und Soziales, gemeinsam mit Dr. Stefan Hussy, Hauptgeschäftsführer der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung, den vom Bundeskabinett im Umlaufverfahren verabschiedeten [Arbeitsschutzstandard COVID 19](#) vor. Dieser formuliert konkrete Anforderungen an den Arbeitsschutz in Zeiten der Corona-Krise. Die besonderen Arbeitsschutzmaßnahmen verfolgen das Ziel, durch die Unterbrechung der Infektionsketten die Bevölkerung zu schützen, die Gesundheit von Beschäftigten zu sichern, die wirtschaftliche Aktivität wiederherzustellen und zugleich einen mittelfristig andauernden Zustand flacher Infektionskurven herzustellen. Dabei ist die Rangfolge von technischen über organisatorische bis hin zu personenbezogenen Schutzmaßnahmen zu beachten.

3. Zahl der Anzeigen für Kurzarbeit wächst weiter dynamisch

Bis zum 6. April 2020 meldeten rund 650.000 Betriebe bei den Agenturen für Arbeit Kurzarbeit an. Das [teilte](#) die Bundesagentur für Arbeit (BA) Ende vergangener Woche mit. Damit stieg die Zahl der Betriebe, die Kurzarbeit planen, gegenüber dem letzten Vergleichswert von Ende März 2020 nochmals um knapp 40 Prozent. Bis zum 27. März 2020 waren im Zuge der Corona-Krise insgesamt Kurzarbeitsanzeigen von rund 470.000 Betrieben eingegangen. Für wie viele Personen insgesamt die Betriebe Kurzarbeit angemeldet haben, lässt sich anhand der Daten derzeit nicht ermitteln. Die BA geht aber davon aus, dass die Zahl der Kurzarbeiter deutlich über dem Niveau der Wirtschafts- und Finanzkrise liegen wird. Damals haben in der Spitze bis zu 1,4 Millionen Beschäftigte kurzgearbeitet. Die Anzeigen kommen aus nahezu allen Branchen. Schwerpunkte sind unter anderem der Einzelhandel und das Gastgewerbe.

4. Corona: Europäische Koordinierung von Tracking-Apps

Die Europäische Kommission hat vergangene Woche [Empfehlungen](#) vorgestellt, mit denen die Nutzung mobiler Anwendungen und mobiler Daten in der Corona-Krise europäisch koordiniert werden sollen. Digitale Werkzeuge können bei der schrittweisen Aufhebung der Eindämmungsmaßnahmen eine wichtige Rolle spielen. In ihrer Empfehlung konzentriert sich die EU-Kommission auf zwei Dimensionen: Erstens auf einen gesamteuropäisch koordinierten Ansatz für den Einsatz mobiler Anwendungen, um die Bürger in die Lage zu versetzen, wirksame und zielgerichtete Maßnahmen zur sozialen Distanzierung zu ergreifen, sowie zur Warnung,

Prävention und Ermittlung von Kontaktpersonen, zweitens auf einen gemeinsamen Ansatz zur Erstellung von Modellen, wie sich der Virus ausbreitet und zur Vorhersage der Entwicklung des Virus durch anonymisierte und aggregierte mobile Standortdaten. Die Empfehlung legt dabei Schlüsselprinzipien für die Nutzung dieser Anwendungen und Daten im Hinblick auf die Datensicherheit und die Achtung der EU-Grundrechte wie Privatsphäre und Datenschutz fest.

5. Weniger Arbeits- und Wegeunfälle als im Vorjahr

2019 ist die Zahl der meldepflichtigen Arbeitsunfälle um 0,4 Prozent auf 873.971 gesunken. Das ergeben die Arbeitsunfallzahlen, die die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung, Spitzenverband der Berufsgenossenschaften und Unfallkassen, am 15. April 2020 [veröffentlichte](#). Auch bei den Wegeunfällen gab es einen Rückgang: Ihre Zahl sank um 0,9 Prozent auf 186.859.

6. Zahl der Schüler in Abschlussklassen bis zu 1,1 Million

Laut einer [Pressemitteilung](#) des Statistischen Bundesamtes (Destatis) vom 14. April 2020 sind von den Schulschließungen vor dem Hintergrund der Corona-Krise 8,3 Millionen Schüler an allgemeinbildenden sowie 2,4 Millionen Schüler an beruflichen Schulen betroffen. Aller Voraussicht nach werden die Schulen ab dem 4. Mai 2020 schrittweise geöffnet. Zunächst könnten die aktuellen Abschlussklassen in die Schulen zurückkehren. Je nach Abgrenzung der Abschlussklassen würden damit an allgemeinbildenden Schulen zwischen 962.000 und 1,1 Millionen Schüler in die Schulen zurückkommen. Weitere Berechnungen von Destatis ergeben, dass die Schülerzahl in Abschlussklassen an Gymnasien und Integrierten Gesamtschulen am höchsten ist. Somit liegen die Schülerzahlen in Abschlussklassen an Gymnasien bei 279.000, an Integrierten Gesamtschulen bei 214.000 bis 369.000, gefolgt von den Schularten mit mehreren Bildungsgängen (186.000) sowie den Real- (139.000) und Hauptschulen (116.000).

7. Steuerverhandlungen kommen voran

Die Besteuerung international tätiger Unternehmen soll dort erfolgen, wo die Unternehmen ihre unternehmerischen Aktivitäten entfalten und wirtschaftliche Wertschöpfung erzielen. Dies soll insbesondere Unternehmen mit digitalisierten Geschäftsmodellen umfassen, heißt es in der Antwort der Bundesregierung ([19/18317](#)) auf eine Kleine Anfrage, über die der Deutsche Bundestag am 15. April 2020 berichtete. Angestrebt wird nach Angaben der Bundesregierung eine globale Lösung, die den Interessen der Staaten gerecht wird. Die Verhandlungen, an denen 137 Staaten und Jurisdiktionen beteiligt sind, werden voranschreiten, so die Bundesregierung. Im Laufe des Jahres 2020 soll ein Abschlussbericht mit Empfehlungen vorliegen, die anschließend umgesetzt werden könnten. Es wird eine enge Abstimmung mit den europäischen Partnern erfolgen, kündigt die Bundesregierung an.